



VSEG-NEWSLETTER 4/2014

Ordentliche 66. VSEG-Generalversammlung in Wolfwil

Präsident Kuno Tschumi durfte rund 160 Teilnehmerinnen und Teilnehmer anlässlich der diesjährigen ordentlichen 66. Generalversammlung des VSEG in Wolfwil begrüßen. Neben den statutarischen Geschäften stand das Hauptgeschäft „Ausfinanzierung Kantonale Pensionskasse“ zur Diskussion, welches mit Sicherheit dafür sorgte, dass eine so grosse Teilnehmerzahl anwesend war.

Jahresbericht 2013, Rechnung 2013 und Voranschlag 2014

Geschäftsführer Thomas Blum stellte den anwesenden GV-Teilnehmenden den Jahresbericht 2013 vor. Ein Geschäftsjahr mit grossen Veränderungen im VSEG: Der Geschäftsführerwechsel auf Mitte Jahr und die Gesamterneuerungswahlen auf kantonaler wie auch auf kommunaler Ebene hatten dazu geführt, dass sich der VSEG mit grossen und weitreichenden personellen Veränderungen konfrontiert sah. Mit den Erneuerungswahlen in den Gemeinden traten verschiedene langjährige Vorstandsmitglieder in den politischen Ruhestand. Diese Vakanzen lösten im Vorstand wie aber auch in den verschiedenen VSEG-Kommissionen und -Arbeitsgruppen eine substanzielle Rochade aus.

Die Jahresrechnung 2013 schloss mit dem angekündigten Aufwandüberschuss von Fr. 24'654.88 ab. Dieser Aufwandüberschuss ist primär auf das erhöhte Engagement der Geschäftsstelle und des Vorstands bei den Projekten Ausfinanzierung Pensionskasse, Neuer Finanzausgleich, Sozialreformen, Massnahmenplan 2014, HRM2 etc. zurückzuführen. Der Voranschlag 2014 sieht ebenfalls einen leichten Aufwandüberschuss von Fr. 24'650.00 bei gleichbleibenden Mitgliederbeiträgen (0.70 Rp./Einw.) für das Jahr 2015 vor. Die Generalversammlung hat den drei statutarischen Geschäften einstimmig zugestimmt.

Ausfinanzierung Kantonale Pensionskasse - Gemeindebeteiligung

Die Meinungen der Gemeinden zur Ausfinanzierung der Kantonalen Pensionskasse (PKSO) sind gemacht: Nicht einstimmig aber sehr deutlich hat sich die Generalversammlung gegen eine Beteiligung der Gemeinden ausgesprochen. In der entscheidenden Abstimmung sprachen sich 123 stimmberechtigte Gemeindevertreter für die vom VSEG-Vorstand beantragte «Nullvariante» aus, während 28 Stimmen auf die Variante einer Gemeindebeteiligung von einmalig 120 Mio. Franken (oder 5,1 Mio. Franken jährlich über eine Zeit von 40 Jahren) entfielen. Somit sprachen sich an der GV über 80 Prozent der Anwesenden für die Nicht-Beteiligung der Gemeinden aus. In der Versammlung verfügte jede Gemeinde, unabhängig von ihrer Grösse, über zwei Stimmen.

Empfehlung an den Kantonsrat: Die Abstimmung ist als «Empfehlung» des Gemeindeverbands an den Kantonsrat zu verstehen, der Ende Juni über das Pensionskassengesetz entscheiden wird. Die von den Gemeinden gewünschte

«Nullvariante» bedeutet, dass der Kanton allein die Arbeitgeberbeteiligung an der Ausfinanzierung der PKSO übernehmen soll. Der Regierungsrat schrieb in seiner Vorlage, dass bei einem Verzicht auf eine Gemeindebeteiligung die Erhöhung der Staatssteuern der natürlichen Personen um mindestens 1 Prozent «kurz- bis mittelfristig unumgänglich» sei. Furcht vor Retourkutsche: Kuno Tschumi erklärte der Versammlung, dass der Kanton derzeit finanzielle Leistungen zugunsten der Gemeinden im Umfang von 30 Mio. Franken jährlich übernehme, zu denen er nicht verpflichtet wäre: den befristeten Zusatzbeitrag von 15 Mio. an den Finanzausgleich, dazu 8 Mio. für die Ergänzungsleistungen und 7 Mio. an die Pflegekosten. Der Regierungsrat habe klar signalisiert, dass er die 120 Mio. Franken auf anderem Weg bei den Gemeinden «holen» wolle, wenn diese sich nicht an der Ausfinanzierung der PKSO beteiligen würden.

VSEG
Verband Solothurner Einwohnergemeinden
Geschäftsstelle
Bolacker 9
Postfach 217
4564 Obergerlafingen

newsletter@vseg.ch
<http://www.vseg.ch>

Sollten Sie unseren Newsletter nicht mehr erhalten wollen, dann klicken Sie bitte hier: [Newsletter abbestellen](#)